



Inhaltsangabe

Einleitung

Vorbereitungs- Workshop	3
Konferenzprogramm Karlsruhe	4
Abfahrt, Vorbereitungstag und Ankunft der TeilnehmerInnen	5
Persönliche Erlebnisse beim Kongress	6
Tag 1	
Die Eröffnungsrede	8
Berichte der Bundesländer	9
Vorstellung der Bundesländer am Beispiel Hessen	11
Tag 2	
Diskussion zum Appell	12
Das Theaterstück „Hiergeblieben!“	13
Pressekonferenz	14
Abgabe des Appells an die Innenminister	15
Demonstration am Platz der Menschenrechte	16
Tag 3	
Abschlussdiskussion	17
Stimmen zur Jugendkonferenz	18
Pressereklärungen und Pressestimmen	19
Dank und Impressum	28



JUGEND

EU- Jugendinitiative für Bleiberecht & Kinder- u. Menschenrechte



Einleitung

Anfang 2005 bat der Flüchtlingsrat Berlin das GRIPS Theater um Hilfe, da Kinder und Jugendliche verschwinden, weil sie von der Polizei zur Durchführung der Abschiebung aus dem Unterricht abgeholt werden. So entstand die Aktion „Hiergeblieben!“. Es wurden Demonstrationen veranstaltet, ein Theaterstück gemacht, welches Tanja Ristics Leben darstellt, Material wie Klebeband, Poster, CDs und DVD's entwickelt und eine bundesweite Tour in Stuttgart, parallel zur Innenministerkonferenz, veranstaltet. Ziel war, dass die Innenminister bei ihrer Konferenz für ein Bleiberecht entscheiden doch leider entschieden sie dagegen. Doch Aufgeben ging einfach nicht. Also setzten sich einige Jugendlichen und junge Erwachsene zusammen und schrieben einen EU Antrag um eine Gegenkonferenz in Karlsruhe am 07.-09.12.05 zu veranstalten. So entstand „**J.O.G.**“ (**Jugendliche ohne Grenzen**), eine Gruppe, zusammengesetzt von jungen BBZ (Berliner Beratungszentrum junger Flüchtlinge) und GRIPS Theater Jugendclub (Banda Agita) Mitgliedern. Später kamen Jugendliche der FIB (Flüchtlingsinitiative Brandenburg) dazu. Eingeladen waren Menschen aus allen Bundesländern die sich dafür interessierten. Wir Jugendlichen trafen uns, organisierten, schrieben Briefe und Konzepte und schließlich kam die Bewilligung des EU Antrags. Die Konferenz konnte stattfinden!!! Und nicht nur wir aus Berlin und Brandenburg fuhren nach Karlsruhe, sondern es kamen aus 11 Bundesländern BotschafterInnen, die über die Probleme in ihrem Bundesland erzählten. Außerdem wurden Schals mit der Aufschrift „Hiergeblieben“, die um den Appell gebunden waren, an die Innenminister übergeben und es fand eine Demonstration statt.

Und alle auf der Jugendkonferenz wussten: „Egal was die Innenminister entscheiden, wir müssen weiter kämpfen!“ denn es geht nicht, dass Menschen jahrelang hier leben, teilweise auch ihr Leben lang, und dann in ein Land abgeschoben werden sollen, das sie nicht einmal mehr wirklich kennen. Es geht auch nicht, dass manche in Asylheimen wohnen müssen, sich von Essenspaketen ernähren müssen, Arbeits- und Studienverbot haben und wegen der Residenzpflicht ihr Bundesland nicht verlassen dürfen. Warum sollte es Menschen zweiter Klasse geben? Wir werden weiter dafür kämpfen, dass alle Menschen die gleichen Rechte haben! Solange bis die Innenminister einsehen, dass Abschiebung falsch ist und dass die UNO Kinderrechte vollständig anerkannt werden müssen!



Vorbereitungs- Workshop

Am 26. und 27.11.2005 trafen wir uns mit 17 Jugendlichen und jungen Erwachsenen zum Vorbereitungs Workshop im BBZ. Mit Philipp vom GRIPS Theater übten wir Moderation und Reden vor Publikum. Wir schrieben unsere Pressemitteilung und versuchten unsere eigenen Workshops vorzubereiten und probten sie. Auch organisatorisch gab es viel zu bedenken. Magz, Ellen und Andrea hatten viele Aufgaben zu verteilen - vom Kochen bis hin zu „Wegbegleitern“ damit alle die unterschiedlichen Tagungsorte bei der Konferenz finden. Wir haben diskutiert und viel Papier beschrieben. Am Ende waren wir gut geschafft und wussten, dass wir trotzdem nur noch zwei Wochen Vorbereitungszeit hatten, in denen viel getan werden musste: Bus mieten, Begrüßungsrede schreiben, Kontakt zur Presse aufbauen und mit den BotschafterInnen die Anfahrt besprechen.





JUGEND

EU-Jugendinitiative für Bleiberecht & Kinder- u. Menschenrechte



Konferenzprogramm Karlsruhe



EINLADUNG

Vom 07.-09.12.2005 veranstaltet „J.O.G. - Jugendliche ohne Grenzen“ in Karlsruhe als UnterstützerInnen von „Hiergeblieben!“ eine bundesweite Kinder- und Jugendkonferenz zum Thema Kinder- und Menschenrechte sowie Bleiberecht. Auf der InnenministerInnenkonferenz, die parallel zur Kinder- und Jugendkonferenz stattfinden wird, werden die InnenministerInnen der Länder erneut über das Thema Bleiberecht beraten. Auch Kinder und Jugendliche aus der gesamten Bundesrepublik, die unter Vorbehalt in Deutschland leben müssen, u/ o. die sich für andere Kinder und Jugendliche einsetzen, werden als BotschafterInnen der Länder über diese Themen beratschlagen. Als ExpertInnen und Experten in eigener Sache werden wir über die Situation in den Bundesländern berichten und unsere unveräußerlichen Kinder- und Menschenrechte einfordern.

Am 7.-09.12.2005 laden wir deshalb alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen dazu ein, mit uns in Vorträgen, Arbeitsgruppen und Diskussionen über den Stand der Kinder- und Menschenrechte zu sprechen und sich mit Gleichartigen aus anderen Bundesländern auszutauschen und zu vernetzen. Am Ende unserer Konferenz werden wir gemeinsam einen erneuten Appell an die InnenministerInnenkonferenz richten.

Macht mit! Kinder- und Menschenrechte kennen keine Grenzen!



Kinderrechte kennen keine Grenzen!

Bundesweite Kinder- und Jugendkonferenz zum Thema Kinder- u. Menschenrechte & Bleiberecht

7.-9.12.2005 KARLSRUHE

NCO-Club, Anne-Frank-Haus, Jubez



Jugendliche Ohne Grenzen
c/o BBZ, Turmstrasse 73
10551 Berlin
Telefon: (030) 030 666 407 20
E-Mail über avorrink@gmx.de

http://www.hiergeblieben.net/

Programm

MITTWOCH, 07.12.2005

Einchecken in der JH* bitte bis 14.00h

15.30 Eröffnung im NCO-Club

- Avni Troni und Reyhan Inan, InitiativesprecherIn von J.O.G.

- Grußworte von Bürgermeister Harald Denecken, VertreterInnen von GEW, Pro Asyl

- Film über das Aktionsprogramm „Hier geblieben!“

17.30 Kurzberichte aus den Bundesländern I mit anschl. Diskussion

18.30 Pause/ Abendessen

19.30 Kurzberichte aus den Bundesländern II mit anschl. Diskussion

20.30 Pause

Ab 21.30 Thematisches Abendprogramm mit Film von Joseph Guimatsia „Le Heim“ über das Leben im Lager, JH*

DONNERSTAG, 08.12.2005

7.45 bis 8.45: Frühstück JH*

9.00: Plenumsdiskussion & Unterzeichnung des Appells, Wahl der PressesprecherInnen
Anne-Frank-Haus

10.00 Pause (Fahrt ins JUBEZ)

11.00 Pressekonferenz gemeinsam mit Pro Asyl, im JUBEZ anschl. offizielle Übergabe des Appells durch VertreterInnen der Konferenz an die InnenministerInnenkonferenz

12.00 Theaterstück Hiergeblieben! (GRIPS-Theater Berlin) JUBEZ

13.30 Mittagspause (Fahrt in NCO)

14.30 -15.30: Diskussionsforen, NCO-Club

Forum 1: „Hop oder Top? (Über-)Lebenschancen und Zukunftsperspektiven von geduldeten Menschen in Deutschland.“

Forum 2: „Integration Bittel? Widersprüche zwischen behördlichen Integrationsforderungen und Lebensrealitäten von geduldeten Menschen in der BRD.“

Forum 3: „Was ist Heimat? -

Das Bleiberecht und seine Anerkennung in der BRD.“

Forum 4: „Gute Heimreise!? Abschiebeproxis in der BRD.“

Forum 5: „Leben unter Vorbehalt! Andauernde Missachtung von UNO-Kinderrechten & Menschenrechten in der BRD“

16:00 - 18:30 Beteiligung mit Redebeiträgen an einer Kundgebung
Platz der Grundrechte

18.30 Abendessen JH*

ab 19.30 Präsentation der Ergebnisse JH* und Open-Space zur Initiierung und Förderung von Engagement und Vernetzung mit einem Beitrag der BBZ-Bleiberechtsgruppe JH*

FREITAG, 9.12.2005

7.45-8.45 Frühstück JH*

9.00 Diskussion und Formulierung einer Abschlusserklärung Anne-Frank-Haus

5 vor 12 Veröffentlichung der Abschlusserklärung

12.30 Mittagessen JH*

MODERATION & ORGANISATION

der Tagung :

J.O.G. - Jugendliche Ohne Grenzen

- BBZ - Bleiberechtsgruppe Berlin
 - FIB - Flüchtlingsinitiative Brandenburg
 - Banda Agita, Jugendtheaterclub des Grips-Theaters
 - RAB - Rassismuskritische Aktionen Berlin
- &
Freundinnen und Freunde

TAGUNGsorte:

NCO-CLUB, Delawarestraße 21, Busstation Am Kanalweg (Linie 70 & 73)

JUBEZ, Am Kronenplatz Tramstation Kaiserstraße (Linie 3)

ANNE-FRANK-HAUS, Moltkestrasse 24

*JH= Jugendherberge, Programmpunkte in der JH sind aus organisatorischen Gründen nicht öffentlich.

Abfahrt, Vorbereitungstag und Ankunft der TeilnehmerInnen

Es sollte am 06.12.05 um 08.00 Uhr mit der Vorbereitungsgruppe von J.O.G. (Andrea, Ellen, Magz, Melanie, Petra, Ibo, Avni, Lucasz, Danae) losgehen. Ich hatte verschlafen und eilte mit voller Panik zum Bahnhof. Als ich dann verspätet ankam erzählten mir die anderen, dass das Auto mit dem wir fahren würden, noch gar nicht da war. Also warteten wir noch und fuhren irgendwann los. Nach einer anstrengenden 10 Stunden Fahrt kamen wir in Karlsruhe an. Es war schon recht spät und wir wussten, dass wir nur bis 18 Uhr Abendessen in der Jugendherberge bekommen würden. Wir schauten aber erst einmal, ob das Geld von dem EU Antrag angekommen war. Doch das war nicht der Fall. Wir hatten alle Hunger, doch wir mussten uns aufteilen, weil noch viel einzukaufen war. Ich ging schon mit einigen anderen in die Jugendherberge. Dort aßen wir und wir dachten uns, es wäre nett, wenn wir den anderen ein bisschen Salat mitbringen könnten. Also nahmen wir 1-2 kleine Schüsseln nach oben zu den Zimmern. Doch dann kam der Leiter der Jugendherberge und war sehr wütend. Also klappte das nicht. Wir bezogen alle Betten und schnitten und falteten die Namenskärtchen. Da die anderen am verhungern waren, gingen wir noch Essen. Am nächsten Morgen fuhren wir in den NCO-Club. Dort war ein großer Saal mit einer Bühne vorne und einer Küche nebenan. Wir stellten reichlich viele Stühle für die Teilnehmer vor die Bühne und Tische zum Essen in den Saal. Wir putzten auch die Küche sehr gründlich und suchten uns viele Küchensachen wie Töpfe und Messer zusammen. Bald würden die ersten Teilnehmer ankommen, da fiel uns auf, dass uns noch einige Sachen fehlten. Also wurde ich losgeschickt zum Supermarkt zu gehen, um diese zu besorgen. Ich musste mich beeilen und rannte ne ganze Weile durch den Regen, bis ich dann endlich den Supermarkt gefunden hatte. Gerade als ich wieder im NCO-Club angekommen war, sah ich den Bus einparken. Ich ging noch schnell rein, übergab den Einkauf und versuchte mich vergeblich zu trocknen. Alle kamen rein und begrüßten uns. Sie nahmen sich Kaffee, Tee und Kekse aber hatten immer noch Hunger. Also begannen wir die über 200 Brötchen zu schneiden, zu schmieren und zu belegen.





JUGEND

EU- Jugendinitiative für Bleiberecht & Kinder- u. Menschenrechte



Persönliche Erlebnisse beim Kongress

Von Frankfurt am Main aus organisiert die Ag gegen Abschiebung des Stadt-SchülerInnen-Rates, nachdem wir von dem Kongress erfahren, die Reise nach Karlsruhe.

Im Gegensatz zu anderen Bundesländern sind wir Frankfurter schon in weniger als zwei Stunden in Karlsruhe.

Nach dem Einchecken in die Jugendherberge starten die Veranstalter das Programm. Alle Bundesländer und die dort herrschenden Flüchtlingssituation, wie einzelne Schicksale, werden vorgestellt. Botschafter aus 11 Bundesländern befinden sich in Karlsruhe.

Interessante, erschütternde und zugleich motivierende Vorträge regen zu einer anschließenden Diskussion mit allen Botschaftern an.

Alle sind sich einig: Die aktuelle Flüchtlingspolitik ist menschenunwürdig! Es muss etwas geschehen!

Nach einer turbulenten Nacht werden schon früh am Morgen Botschafter gewählt, die im Laufe des Tages (der Innenministerkonferenz) einzelne Aufgaben ausführen. Von der Anwesenheit während der Presseerklärung, ein paar Worte an die Innenminister, die Verfassung des Appells an die Innenministerkonferenz, bis hin zur Organisation der Demo, der Ansprache vor dem Publikum des GRIPS – Theaters und dem Redebeitrag bei der Kundgebung – alles muss sitzen!

Viel Zeit bleibt nicht mehr und die Anspannung wächst.

Wir Frankfurter verteilen uns auf alle Felder, so dass es später einiges zu berichten gibt. Mariam spricht vor dem Theater, Aferdita, Haris, Valdete und Timmo helfen bei den Demo-Vorbereitungen und ich hoffe mit anderen auf ein Gespräch mit einem Politiker der IMK. Schließlich kommt es zu einem Gespräch, wenn auch nur zu einem sehr nüchternen und kurzen. Die Übergabe des Appells verläuft genauso nüchtern wie das Gespräch.

Und weiter geht es zur Kundgebung am Platz der Grundrechte. Die Demo wird ein Erfolg. Alle Karlsruher Augenpaare sind auf uns gerichtet und vor dem Hotel der Innenminister findet die Demonstration ihren Höhepunkt.



EU- Jugendinitiative für Bleiberecht & Kinder- u. Menschenrechte



Erschöpft von der ganzen Aufregung und Anstrengung und zurück im Hotel, versammeln sich alle im Aufenthaltsraum, um nun alles zusammenzufassen. Es gelingt nicht wirklich, zu groß

waren die Strapazen des Tages. Müde und doch froh trinken wir in einer nahe gelegenen Kneipe ein Bier und nehmen uns anschließend vor, unsern Schlaf nachzuholen.

Die Hälfte unserer Gruppe entschließt sich spontan das Karlsruher Nachtleben zu erkunden. Ich war nicht dabei und kann doch aus Erzählungen der anderen berichten, dass es ein krönender Abschluss war.

Am Freitag sammeln alle ihre letzten Kräfte, um in Gruppen die Vernetzung der einzelnen Bundesländer zu sichern.

Bei einer letzten Abschlussrunde mit Lob und Kritik fällt auf, wie sehr einige von uns dieser Kongress zusammen geschweißt hat. Selbst wenn das Ergebnis der Innenministerkonferenz nicht mal ein wenig befriedigend ausgefallen ist, schöpft Hessen neuen Mut, denn gemeinsam sind wir stark!

Wie soll es weitergehen?

Unser hessischer Innenminister Volker Bouffier(CDU) hat bereits bei der letzten Innenministerkonferenz in Karlsruhe einen kleinen Schritt auf uns, die Flüchtlingsinitiativen und die Flüchtlinge zugetan.

Daran wird deutlich, dass gerade jetzt den Kampf aufzugeben, falsch wäre.

Die Vernetzung der einzelnen Bundesländer muss intensiviert werden. Aktionen dürfen nicht landesweit, sondern müssen weiterhin bundesweit erfolgen.

Die Politiker können sich nicht ewig taub stellen. Besonders dann nicht, wenn wir **gemeinsam** auf die Straßen gehen und uns untereinander verständigen und organisieren!

Lob/Kritik:

Ein großes Lob an die Veranstalter. Mit ca. 50 Jugendlichen einen Kongress zu veranstalten, der zudem so reibungslos verläuft, das hätten viele nicht für möglich gehalten.

Die Atmosphäre war zwar oft angespannt, Tränen beim Abschied glichen die Anspannung jedoch wieder aus.

Die Jugendherberge war nicht ganz so super. Wäre schön, wenn sich hierfür etwas Hygienischeres und Schöneres finden ließe!

Herzlichen Dank für diese tolle Erfahrung!

Anne Juliane Alke
(Referentin des Stadt-SchülerInnen-Rates Frankfurt/M)

Die Botschafter aus Frankfurt/M (Hessen)!



JUGEND

EU- Jugendinitiative für Bleiberecht & Kinder- u. Menschenrechte



Die Eröffnungsrede

In der Eröffnungsrede stellten Avni und Reyhan die Gründe vor, warum diese Jugendkonferenz so wichtig ist und zu welchem Zweck sie dienen sollte:

- Die vollständige Anerkennung der UNO-Kinderrechte.
- Der Austausch und die Diskussion der Erfahrungen und der Zukunftsmöglichkeiten der jungen Flüchtlinge und der Personen die diese unterstützen und ihnen versuchen zu helfen.
- Gehört zu werden!
- Eine Vernetzung der Betroffenen bundesweit.
- Eine menschenwürdige Ausländerpolitik
- Eine sofortige Bleiberechtsregelung

Danach kamen Grußworte von Bürgermeister, Pro Asyl und dem Flüchtlingsrat. Es folgten die Berichte aus den Bundesländern.



Berichte der Bundesländer

Auf der Konferenz sollte auch die Möglichkeit geboten werden, dass BotschafterInnen aus jedem Bundesland ihre Probleme und Forderungen sagen können und alle zusammen dann beschließen können, wie man vorgehen sollte. Also kamen die BotschafterInnen der Bundesländer nacheinander auf die Bühne und konnten sagen, was sie sagen wollten. Als erstes kamen die BotschafterInnen aus Brandenburg. Sie stellten sich kurz vor und erzählten dann von ihren Problemen. Sie sagten, sie wären aus ihren Heimatländern auf Grund des Krieges geflohen und hätten sich für sich und ihren Kindern eine bessere Zukunft erhofft. Doch hier wurden ihnen menschenunwürdige Gesetze vorgesetzt, wie das Studien- und Arbeitsverbot und die Residenzpflicht. Sie meinten auch, dass das Arbeitsamt selten die Erwerbstätigkeit gestattet. Die neun Botschafter erzählten von einem Verein namens FIB den sie 1998 gegründet haben. Die Mitglieder von FIB kämpfen gegen die Isolation der Flüchtlinge, die Lager in denen sie öfters wohnen müssen, Gutscheine, Essenspakete und Abschiebung. Die Botschafter meinten, sie wollen ein Recht auf Bildung und Bleiberecht.

Zunächst kamen die BotschafterInnen aus Hessen. Sie erzählten auch davon, dass sie eine AG gegen Abschiebung und das Unrecht, das den Menschen zugefügt wird, gegründet haben. Sie fordern Bleiberecht für Kinder und deren Familien die hier geboren sind oder schon lange hier leben und gegen die Abschiebung der kranken und alten Menschen. Die fünf Botschafter baten noch andere 8 Leute aus dem Publikum auf die Bühne zu kommen und zogen sich und den 8 Zuschauern Overalls mit einzelnen Buchstaben, die das Wort „HIERGEBLIEBEN“ ergeben an. Diese hatten sie für die Demonstration vorbereitet.

Es folgte ein Botschafter aus Sachsen. Er forderte zunächst ein Bleiberecht für politisch Verfolgte, die wegen Not und Gefahr vor ihrem eigenen Leben und Angst vor Kinderarbeit geflüchtet waren. Er wollte klarstellen, dass es nur schlechte Gerüchte sind, dass die Flüchtlinge nur wegen des Geldes usw. hier sind. Er erhoffte sich eine Perspektive für Arbeit und Studium. Er fordert, dass sie reisen können und keine Residenzpflicht und Anspruch auf Geld wie Bafög haben.

Die anderen BotschafterInnen aus Leipzig konnten noch nicht anreisen, da sie erstmal eine Genehmigung wegen der Verletzung der Residenzpflicht bestätigt haben mussten. So folgten die BotschafterInnen aus Hamburg. Sie erzählten davon, dass die Flüchtlinge in ihrem Bundesland sowohl auch bundesweit als illegal und Kriminelle dargestellt werden, das sie schon mit 16 als volljährig gelten, da somit mehr Abschiebungen vollzogen werden können und das die deutschen Behörden einen großen Druck auf sie ausüben. Sie haben ein Projekt namens „wachsende Stadt“ deren Mitglieder dafür kämpfen, dass Menschen die hier leben, weiterhin hier leben können.

Der Botschafter aus Thüringen sagte, dass es nicht viele Flüchtlinge in seinem Bundesland gäbe. Sie wollen dafür kämpfen, dass die Politik sich mehr mit dem Thema befasst und eine gute Lösung findet, wie zum Beispiel, dass Familien mit Kindern, die drei Jahre hier leben, Asyl bekommen. Sie forderten bessere Beamte. Sie wollen außerdem dafür kämpfen, dass die Bevölkerung sich mehr darum kümmert, dass etwas für den Schutz und das Bleiberecht getan wird und nicht, weil sie Flüchtlinge sind keine ärztliche Behandlung bekommen. Es folgten die BotschafterInnen aus Bayern und Niedersachsen. Sie meinten es sei ihnen wichtig, für Bildungswege und gegen Nacht-und-Nebel-Aktionen der Polizei zur Abschiebung zu kämpfen. Was sie sich erhoffen ist ein freies Leben ohne Ängste und nicht gezwungen zu sein, so viel Last auf sich zu tragen wegen der dauerhaften Angst abgeschoben zu werden. Außerdem



JUGEND

EU- Jugendinitiative für Bleiberecht & Kinder- u. Menschenrechte



bestanden sie auf das Grundgesetz §1. Menschenrechte. Die Flüchtlinge sollten ein sofortiges Bleiberecht bekommen und nicht erst nach vielen Jahren.

Die BotschafterInnen aus Nordrhein-Westfalen erzählten davon, dass sie sich für Spendensammlungen für Einwanderer einsetzten und mit ihnen zur Ausländerbehörde gehen, damit sie sich nicht so alleine fühlen. Außerdem meinten sie, dass sie sich für einen Bildungsweg, die Einstellung von einer Aufenthaltsgenehmigung und für ein Recht auf menschenwürdige Behandlung einsetzen. Die folgenden BotschafterInnen, die aus Baden-Württemberg, hofften auf eine Härtefallregelung. Sie erzählten von kasernemäßigen Asylheimen in ihrem Bundesland in denen ein Zimmer pro Familie vorgesehen war, von den Essenspaketen, die ihnen zugeschickt werden etc. Sie forderten bessere Asylheime oder aber sie erhofften sich, in einer eigenen Wohnung wohnen zu dürfen. Sie erhofften sich auch eine bessere Verständigung mit den Ausländerbehörden und Schutz für die integrierten Personen.

Die BotschafterInnen aus Bremen erzählten von dem Antirassismusbüro, welches sie aufgebaut hatten und sie erhofften sich eine Vernetzung aller Bundesländer zum Thema Abschiebung. Als nächstes und letztes kamen die BotschafterInnen aus Berlin. Sie meinten, sie arbeiten auf das hinaus, was die anderen Bundesländer auch als Ziel haben. Sie erzählten vom BBZ (Betreuungs- und Beratungszentrum für minderjährige Flüchtlinge), welches ein Recht auf Bleiberecht und das Dazugehörige, die vollständige Anerkennung der UNO Kinderrechte und die gleichen Rechte für alle Menschen unabhängig von Nationalität oder ähnlichem fordert. Einer der Botschafter meinte: „Wir sollten als Menschen respektiert werden und Würde bekommen wie alle anderen auch“.

Es folgten eine Zusammenfassung, Diskussionen und Vorschläge zum Thema Abschiebungsprobleme der einzelnen Bundesländer. Die Diskussionsthemen waren folgende:

1. Residenzpflicht
2. Bleiberecht in jedem Bundesland
3. Suchen Schutz in Deutschland (anstatt Gefängnisse und Lager)

Als Vorgehensweisen stellten sich folgende heraus:

1. Politiker sollten ihre Denkweise ändern
2. Direkt auf die Politiker zugehen, da sie leere Versprechen geben
3. Die Verständigung der Völker und Nationalitäten
4. Nicht aufzugeben und weiter zu kämpfen! Weil: Nicht wir sollen aufgeben, sondern die Politiker
5. Einen guten Pressevertreter wählen, da sich die Politiker mit den Pressethemen beschäftigen.
6. Verbreitung der Themen, da die Demonstrationsthemen etwas Wichtiges sind.
7. Die Politiker, die auch für ein Bleiberecht sind, um Hilfe bitten und versuchen mit Volksabstimmung zu wählen (z.B. viele Unterschriften zu sammeln)





Vorstellung der Bundesländer am Beispiel Hessen

Bundesland: Hessen

Initiative: AG gegen Abschiebung des Stadt-SchülerInnen-Rates Frankfurt/M

1. Die Situation in Hessen:

In Hessen gibt es etwa 15.000 Geduldete. Es kam und kommt leider immer wieder zu Abschiebungen von Leuten, die hier wirklich lange gelebt haben, auf viele Leute wird der Druck enorm erhöht.

Die Regelungen, mit denen Geduldete eine Aufenthaltserlaubnis bekommen können, werden in Hessen so gut wie gar nicht angewandt, weil hier das Aufenthaltsgesetz sehr restriktiv ausgelegt wird. So ist hier durch einen Erlass des Innenministeriums geregelt, welche Gruppen von Geduldeten nicht unter die Regelung zur Abschaffung der Kettenduldungen fallen - und das sind so gut wie alle. Obwohl sich Volker Bouffier ja vor der IMK für eine Bleiberechtsregelung ausgesprochen hatte, ist mir nicht bekannt, dass sich an dieser Linie etwas ändert. Allerdings gibt es mittlerweile einige wenige Gerichtsentscheidungen, die dieser harten Linie nicht folgen, allerdings noch nicht genug, damit der Erlass geändert wird.

Auch das andere Instrument, um Leuten noch eine Aufenthaltserlaubnis zu verschaffen, die Härtefallkommission, greift in Hessen nicht. Hier wurde die HFK nicht wie in anderen Bundesländern auch mit NGOs besetzt, sondern der Petitionsausschuss wurde zur HFK erklärt, gleichzeitig gibt es hohe Hürden in dem Verfahren. Dadurch wurde bislang in Hessen erst ein einziger Fall als Härtefall anerkannt, damit ist Hessen bundesweit Schlusslicht. Schlussendlich gibt es noch die kleinen Schikanen am Rande, die aber auch zuzunehmen scheinen, wie z.B. der Entzug von Schwerbehindertenausweisen von Geduldeten, oder eine komplizierte juristische "Belehrung", die viele Landkreise jetzt den Geduldeten vorlegen und in der steht, dass ihre Duldung kein Passersatz sei und sie sich wegen Verstoßes gegen die Passpflicht strafbar machen. Diese Belehrung versteht kein Mensch, weil da ewig viele Paragraphen genannt werden, sie wirkt aber unglaublich einschüchternd, zumal was von "Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr" da drin steht. Juristisch ist das zwar alles richtig, dennoch glaube ich, dass diese Belehrung vor allem den Zweck der Einschüchterung und Druckausübung hat.

Timmo Scherenberg (Hessischer Flüchtlingsrat, AG gegen Abschiebung)

Geduldete in Hessen

Hauptherkunftsländer,
Stichtag 31.12.2004:

Gesamt	15.323		
Jugoslawien	2.951	Türkei	1.975
Afghanistan	1.153	Serbien und Montenegro	847
Pakistan	677	Äthiopien	629
Bosnien-Herzegowina	597	Eritrea	475
Syrien	419	Iran	412
Indien	390	Ungeklärt	367
Jemen	331	Armenien	279
Somalia	274	China	271
Algerien	226	Staatenlos	221
Irak	202	Vietnam	180
Libanon	169	DR Kongo	168
Sri Lanka	165	Marokko	139
Aserbaidshan	137	Georgien	135
Rumänien	124		
Russische Föderation	121		
Angola	104		

Quelle:
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge; Hessischer Flüchtlingsrat



JUGEND

EU- Jugendinitiative für Bleiberecht & Kinder- u. Menschenrechte



Tag 2

Diskussion zum Appell

Am zweiten Tag wollten wir einen neuen Appell verfassen, den wir den Innenministern geben würden. Also setzte sich eine Gruppe zusammen und fing an sich Gedanken darüber zu machen, was man neues in den Appell reinbringen kann und generell was anders sein sollte als bei dem Appell von Kindern und Jugendlichen an die Innenministerkonferenz in Stuttgart. Wichtig fanden wir es zu erwähnen, dass Flüchtlinge nicht Isoliert werden sollten, sondern akzeptiert, respektiert und gehört werden, um sich auch integrieren zu können. Wir redeten über die schlechten Umstände, in denen sie leben müssen und entschlossen uns auch im Appell zu schreiben, dass wir gegen ein menschenunwürdiges Leben sind. Und da die Politiker immer wieder erwähnen, dass die Flüchtlinge sich nicht integrieren, muss man zeigen, dass es nicht wirklich möglich ist, wenn sie in Asylheimen wohnen müssen, Essenspakete zugeschickt bekommen und wenn sie Studien- und Arbeitsverbot haben. „Wir wollen auch endlich Jugendliche ohne Grenzen sein, denn Kinder und Menschenrechte kennen keine Grenzen! Auch in Deutschland nicht“ sagte einer der Mitglieder.

J.O.G. Jugendliche ohne Grenzen

Appell an die Innenministerkonferenz in Karlsruhe am 08. und 09. Dezember 2005

Über 200.000 „geduldete“ und weitere Asyl suchende Menschen, darunter viele Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern, leben in der Bundesrepublik Deutschland und sind jederzeit von Abschiebung bedroht.

Wir sind Kinder und Jugendliche dieser Welt. Auch wenn wir alle unterschiedlich sind, leben wir zusammen auf dieser Erde. Deshalb wollen wir uns gemeinsam für eine bessere Welt für alle Menschen einsetzen und fangen bei uns zu Hause damit an. Ihr nennt uns die Zukunft, wir sind aber auch die Gegenwart und haben deshalb ein Recht auf Mitsprache.

Wir sind gegen:

- ein menschenunwürdiges Leben
- Ausbildungs-/Arbeitsverbot
- Residenzpflicht
- Asyl-Lager
- Gutschein- und Paketsysteme
- Widerruf von Asylanerkennung

Deshalb fordern wir:

- menschenwürdige Ausländerpolitik
- sofortige Bleiberechtsregelung
- vorbehaltlose Umsetzung der UNO Kinderrechte.

Kinder und Menschenrechte kennen keine Grenzen.

Ein Zusammenleben kann nur dann möglich sein, wenn alle Menschen in Deutschland die gleichen Rechte haben.

Das Theaterstück „Hiergeblieben!“

Nach der Pressekonferenz fand das Theaterstück mit dem gleichnamigen Titel „Hiergeblieben!“ statt. Das Theaterstück handelt von dem Leben von Tanja Ristic, ein Mädchen im Alter von 13 Jahren, das von ihrer Schule von zwei Polizisten abgeholt und in Abschiebehaft gebracht wurde. Dem Einsatz ihrer Lehrerin und ihrer Klasse ist es zu verdanken, dass die Abschiebung von Tanja und ihrer Mutter vorerst nicht vollzogen wurde und beide im Juni 2005 endlich ein Bleiberecht erhielten. Die Klasse erhielt für ihr Engagement den Mete-Eksi-Preis. Ihr Vater und ihre Schwester jedoch wurden nach Bosnien abgeschoben. Tanjas Eltern waren 1995 während des Bosnienkrieges geflohen und kamen nach Berlin. Ich denke, das Stück hilft die Gefühle zu verstehen, die diese Menschen haben. Die tägliche Angst abgeschoben zu werden, der schlechte Umgang mit ihnen, als wären sie etwas Schlechteres und die Lebensumstände als Menschen zweiter Klasse hier in Deutschland. Und über alles das kann man im Theaterstück erfahren, wie z.B. die Abschiebegefängnisse. Tanja war schon sehr gut in Deutschland integriert und konnte sich nicht wirklich an ihr Heimatland erinnern. Außerdem hat sie ihre ganzen Freunde in Berlin. Ich denke, wenn man sich das Stück anschaut versteht man, auch wenn man sich früher nicht dafür interessiert hatte, wieso man die Abschiebung verhindern sollte. Nach dem Stück fand eine Diskussion mit Jugendlichen statt.





JUGEND

EU- Jugendinitiative für Bleiberecht & Kinder- u. Menschenrechte



Pressekonferenz

Am 08. 12. 2005 fand ja die Pressekonferenz von Pro Asyl statt.

Ich bin denen sehr dankbar, dass sie Ayschegül und mir, die Gelegenheit gegeben haben für J.O.G zu sprechen.

Schade fand ich es aber, dass wir nur wenige Minuten hatten, um unsere Problematik zu schildern.

Zwar haben die Pressesprecher von Pro Asyl die Thematik sachlich auf dem Punkt gebracht, aber dennoch bin ich der Auffassung, dass die Betroffenen ihre Sorgen am besten schildern können.

Es ist sehr traurig, dass unsere Forderung sich auf ein menschenwürdiges Leben, das Recht auf Bleiberecht und Bildung basiert, wo dies doch jedem Menschen dieser Welt selbstverständlich zusteht.

Trotz alledem denke ich, dass die Medien es durchaus geschafft haben, unsere Stimme, als auch uns, als ein " Zeichen " den Innenministern vorzustellen. Dass man unsere Forderungen nicht auf Anhieb akzeptiert, ist uns allen - glaub ich - klar gewesen, doch Elan, Mut und Hoffnung, die ich persönlich im Auge jedes einzelnen Jugendlichen gesehen habe, der sich für ein menschenwürdiges Bleiberecht einsetzt, erlaubt mir zu denken, dass wir gemeinsam eine Menge durchsetzen können.

Durch die Pressekonferenz in Karlsruhe wurden auch etliche andere Medien auf uns aufmerksam, z.B. die deutsch/französische Fernsehsendung ARTE, die dann unbedingt ein Einzelschicksal dokumentieren wollte, zu der ich mich bereit erklärte und wir unter anderem auch die J.O.G miteinbezogen haben. Weiterhin hat die Süddeutsche Zeitung von uns berichtet.

Es ist also sehr wichtig, mit den Medien zusammen zu arbeiten, weil sie unsere Botschafter sind.

Für die zukünftigen Pressekonferenzen wünsche ich mir etwas mehr Zeit, denn unsere Probleme sollten sehr ernst übergebracht und angenommen werden. Wer weiß, vielleicht schafft die J.O.G selbst irgendwann mal, eine Pressekonferenz zu geben. Das hoffe ich zumindest sehr.

"Während andere sich plagen und nichts passiert,

Sind wir zur rechten Zeit am rechten Ort und

Alles ist arrangiert.

Ich bin dankbar dafür.

Weil ich jeden Tag mit meine Brüdern und Schwestern,

Das echte Leben spür.

Was wir alleine nicht schaffen,

dass schaffen wir dann ZUSAMMEN.

Dazu brauchen wir keinerlei Waffen,

Unsere Waffe nennt sich unser Verstand.

Nur wir müssen geduldig sein,

dann dauert es nicht mehr lang!!!! "

Paimana Heyday



Abgabe des Appells an die Innenminister

Nachdem wir den Polizisten vor dem Innenministerium erklärt hatten, dass wir von der Jugendkonferenz sind, haben sie uns gesagt, dass nur fünf Vertreter hinein dürfen. Doch eigentlich hatten sie uns davor gesagt, dass wahrscheinlich zehn mit dem Innenminister von Karlsruhe oder seinem Vertreter reden dürfen. Wir konnten sie aber nicht überreden. Also entschlossen wir uns, welche Fünf gehen würden. Die Polizisten prüften unsere Papiere. Wir fünf Vertreter und der Photograph gingen dann durch die Drehtür und wurden nur in den Vorsaal gelassen. Dann kam der Vertreter des Innenministers, begrüßte uns und stellte sich vor. Er meinte, dass er gekommen war, da der Innenminister keine Zeit hatte. Wir hatten auch Schals dabei mit der Aufschrift „Hiergeblieben!“, die jeweils um einen eingerollten Appell gewickelt waren. Zuerst erzählten wir ihm, warum wir ein Bleiberecht fordern und er meinte von der Lebensart der Menschen versteht er auch, dass für ein Bleiberecht entschieden werden sollte, dass es nur nicht so leicht möglich sei und er uns nichts versprechen könne. Als wir ihm einen Schal gaben und ihn drum baten die restlichen Schals den Innenministern zu geben, lachte er und kam sehr unsicher rüber. Er versprach uns, die Schals an die Innenminister zu übergeben. Wir konnten nicht wirklich viel sagen, da er uns nicht wirklich aussprechen ließ und immer schnell irgendwelche Antworten gab. Nach kurzer Zeit brach er das Gespräch ab, indem er sich verabschiedete. Also gingen wir auch wieder raus und erzählten den anderen von dem Gespräch.





Demonstration am Platz der Menschenrechte

Als wir anfangs am Platz ankamen, waren nicht viele Menschen dort und fast niemand war mit Klebeband beklebt. Das bedeutete für uns: „Ran an die Arbeit! Leute bekleben!“. Also nahmen wir uns Klebebandrollen und fragten herum, wer beklebt werden will. Nach kurzer Zeit war der größte Teil der Masse rot beklebt. Es war ein Stand mit Kaffee und Tee gegen eine Spende dort. Man konnte sich schön damit aufwärmen, da es sehr kalt war. Nach einer Weile hielten ein paar Mitglieder von „J.O.G.“ Reden über ihr Leben in Duldung, wieso sie mit nach Karlsruhe gekommen sind und was sie fordern und danach spielten Phillip und David zwei Lieder und motivierten die Leute, für ihr Recht zu kämpfen, zu protestieren und zu demonstrieren. Dann fuhr ein Fahrzeug los, legte Musik an und die Leute liefen hinterher. Es wurden große Transparente mit Aufschriften wie „Stopp Abschiebung. Bleiberecht für alle jetzt sofort“ oder „Gleiche Rechte für Alle! Bleiberecht für Flüchtlinge! Abschiebung Stoppen!“ getragen und aus dem Fahrzeug kam nicht nur Musik, sondern es wurden auch Sprüche durchs Mikrofon gerufen wie „No border, no nation! Stopp Deportation!“. Es liefen immer mehr Leute mit und kämpften für das Recht auf Bleiberecht. Vorne waren einige, die Flyer verteilt haben. Wir alle gingen durch die Straßen und waren laut. Ich denke, die Innenminister haben uns gehört.



Abschlussdiskussion

Am letzten Tag haben wir uns in dem Anne-Frank-Haus im Kreis zusammengesetzt, über die vorherigen zwei Tage geredet und nachgedacht, wie es weitergehen soll. Da wir nicht viel Zeit hatten überlegten wir uns, was wir noch besprechen müssen und teilten uns dann in die folgenden vier Gruppen auf:

1. E-Mail und Telefonliste.
2. Website.
3. Innenministerkonferenz Vorbereitung.
4. Kontakte zu aktiven Gruppen beibehalten.

Die erste Gruppe erstellte eine Liste mit den Telefonnummern und den E-Mail Adressen der Teilnehmer, damit Aktionstage, Neuigkeiten, Infos etc. weitergeleitet werden können.

Die zweite Gruppe hatte sich Gedanken darum gemacht, wer sich um die Gestaltung und wer um den Inhalt kümmern würde und wie diese ungefähr sein würden. In der Hauptseite sollte ein Satz stehen, der die ganze Kampagne kurz zusammenfassen sollte und Informationen über die Teilnehmer geben sollte. Außerdem sollte man auf der Website Informationen über Aktuelles finden, sehen was für Veranstaltungen folgen. Es sollte ein Gästebuch und Leserbriefe oder Berichte geben, wo man Kommunizieren kann und ein Teil mit Links zu anderen Seiten.

Die dritte Gruppe beschloss, dass es in jedem Bundesland Treffen untereinander geben sollte, welche protokolliert werden sollten. Jedes Bundesland sollte Vertreter haben, die zu den Treffen der ganzen Bundesländer kommen würden. Sie haben noch entschieden, dass bei der nächsten Innenministerkonferenz die Gruppenleiter besser informiert sein müssten, dass mehr Presse vor Ort sein sollte, dass auf den Flyern Infos stehen sollten, wo die Demonstration stattfindet und man könnte auch auf der Demo den Kurzfilm zeigen.

In der vierten Gruppe entschieden sie, dass der Vorsitzende des BBZ ein Schreiben weiterleiten sollte und dass sich die Bundesländer im Mai wieder für die Innenministerkonferenz zusammensetzen sollten. Die benachbarten Bundesländer sollten zusammen arbeiten. Der Kontakt könnte gut beibehalten werden, wenn man über die Website kommunizieren könnte.



JUGEND

EU- Jugendinitiative für Bleiberecht & Kinder- u. Menschenrechte



Stimmen zur Jugendkonferenz

In Karlsruhe wusste ich nicht, was mich dort erwartet. Umso mehr hat mich die bundesweite Beteiligung, das hohe Engagement aller beeindruckt. Durch den Erfahrungsaustausch mit den anderen Bundesländern konnte ich viel über die Situation von anderen Betroffenen erfahren. Das Programm war sehr interessant gestaltet und gut organisiert. Negativ war, dass ich oft den Eindruck hatte, dass einige Leute sehr wenig Interesse für die neu dazu gekommenen TeilnehmerInnen hatten. Die drei Tage waren insgesamt sehr anstrengend. Ich hätte mir mehr Pausen gewünscht, weil dann hätten wir besser arbeiten können.

Von Venancio Ernesto

Die Fahrt nach Karlsruhe war eine neue Erfahrung für mich. Wir waren viele Jugendliche aus verschiedenen Bundesländern aber eines hatten wir gemeinsam. Wir hatten alle das gleiche Problem: ABSCHIEBUNG. Die Innenministerkonferenz hat keine Entscheidung getroffen und die nächste Konferenz wurde auf Mai 2006 in München verlegt. Wir waren auf der Demo in Karlsruhe, auf der Pressekonferenz und ein paar von uns Jugendlichen waren persönlich bei den Ministern. Dort durften Fragen gestellt werden. Wir waren insgesamt über 70 Jugendliche und wir alle hatten und haben ein Ziel. Bleiberecht, Arbeitserlaubnis, Schulbildung. Das und noch vieles mehr wollten wir erreichen, aber leider war es nicht so einfach wie wir alle dachten. Aber wir geben nicht auf, die Innenminister können sich auf uns im Mai freuen. Aber im Endeffekt habe ich eins von Karlsruhe mitgenommen: Überall in Deutschland gibt es Jugendliche, die das gleiche Problem haben wie manche von uns aus dem BBZ. Und wenn wir etwas erreichen wollen, dürfen wir nicht nur an uns selber denken, sondern müssen als Gruppe zusammen was dagegen tun. Denn man kann etwas erreichen, wenn alle zusammenhalten.

Von Rukiye Dauti





EU- Jugendinitiative für Bleiberecht & Kinder- u. Menschenrechte



Presseerklärung
Berlin, den 2.12.2005

Kinder- und Menschenrechte kennen keine Grenzen!

Über 200.000 geduldete Menschen in der BRD, darunter viele Kinder und Jugendliche mit ihren Eltern, leben schon seit langer Zeit in der Bundesrepublik und sind jederzeit von der Abschiebung bedroht. Wir sind Kinder und Jugendliche dieser Welt. Auch wir werden mitreden und uns einmischen.

Deshalb organisieren wir Jugendliche in Karlsruhe vom 7.-9.12.05 eine Gegenkonferenz zur Innenministerkonferenz. Wir setzen uns nicht nur für uns selbst ein, sondern für alle Menschen ohne gesicherten Aufenthalt und wir beteiligen uns aktiv am politischen Leben in Deutschland.

Unsere direkten Forderungen an die InnenministerInnen sind:

***-vollständige Umsetzung der UNO - Kinderrechte
-großzügige Bleiberechtsregelung, jetzt sofort!***

Unsere Konferenz soll dazu dienen, selbst Verantwortung zu übernehmen und gleichzeitig durch das Zusammenkommen vieler Jugendlicher aus verschiedenen Bundesländern Austausch und Vernetzung zu ermöglichen. Wir möchten damit allen Menschen Mut machen, sich zu engagieren und aktiv Verantwortung für Kinder- und Menschenrechte zu übernehmen - auch in der BRD. Weiterhin wollen wir Akzeptanz und Respekt gegenüber allen Menschen und Kulturen. Wir sind gegen Abschiebung, Arbeitsverbot, Residenzpflicht und Trennung von Familien.

Denn Kinder- und Menschenrechte kennen keine Grenzen - auch in Deutschland nicht!!!
Ein Zusammenleben kann nur dann möglich sein, wenn **alle Menschen** in Deutschland die gleichen Rechte haben!

Pressesprecherin für das Organisationsteam von Jugendlichen ohne Grenzen:
Aysegül Yakut, 0178 – 6861694, zetsuaiyakut@web.de

Bundesweite Jugendkonferenz in Karlsruhe - JOG

Eröffnung 7.12.05, 15.30 Uhr, NCO - Club, Delaware Str. 21, 76149 Karlsruhe

Pressekonferenz gemeinsam mit Pro Asyl
8.12.05, 11.00 Uhr, Jubez, Am Krohnenplatz 1, 76133 Karlsruhe

Abschlussklärung 9.12.05, 5 vor 12 Uhr, Anne Frank-Haus, Moltkestr. 20, 76133 Karlsruhe

„Jugendliche ohne Grenzen“ wird organisiert von Jugendlichen des **BBZ - Berlin** (Unterstützung und Betreuung von jungen Flüchtlingen), der **FIB** (Flüchtlingsinitiative Brandenburg), der **Banda Agita** (Jugendclub des GRIPS Theaters Berlin) sowie deren FreundInnen mit sicherem Aufenthalt.

Unterstützt durch: **GRIPS Theater Berlin, GEW Berlin, Pro Asyl, Flüchtlingsrat Berlin und Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, Evangelische Kirche Berlin/Brandenburg**
Weitere Informationen sowie das Tagungsprogramm unter:
www.hier.geblieben.net



JUGEND

EU- Jugendinitiative für Bleiberecht & Kinder- u. Menschenrechte



Aktionsbündnis „Hier Geblieben!“

Pro Asyl, Flüchtlingsrat Berlin, GEW Berlin, GRIPS Theater

www.hier.geblieben.net

Presserklärung

Berlin, den 2.12.2005

Jugendinitiative für Bleiberecht und UNO Kinderrechte

Kinder- und Menschenrechte kennen keine Grenzen!

Jugendliche organisieren eine bundesweite Konferenz parallel zur Innenministerkonferenz in Karlsruhe

„Wir leben in einem Gefängnis ohne Gitter“ so beschreibt ein Teil der OrganisatorInnen der Jugendinitiative JOG (Jugend ohne Grenzen) ihre Lebenswelt in der Bundesrepublik Deutschland. Keine Möglichkeit, eine Ausbildung zu machen, Residenzpflicht und die permanente Angst vor der Abschiebung bestimmen ihre Wirklichkeit. Sie fordern, dass ihre Stimmen gehört und die tagtäglichen Menschenrechtsverletzungen in der Bundesrepublik beendet werden. Deshalb organisieren sie zusammen mit ihren FreundInnen mit sicherem Aufenthalt eine Jugendkonferenz, parallel zu der Innenministerkonferenz in Karlsruhe. Im Mittelpunkt stehen Vernetzung, Austausch und aktive Jugendpolitik. Diese Ideen und Ziele fand die Europäische Union unterstützenswert und gab den Jugendlichen die finanzielle Förderung zur Umsetzung ihrer Jugendinitiative. Diese wird vom 7. – 9.12.05 in Karlsruhe tagen, um für die vollständige Umsetzung der UNO Kinderrechte und die Verabschiedung eines großzügigen Bleiberechts einzutreten.

Wir unterstützen diese mutige Initiative der Jugendlichen und ihre Forderungen und wünschen eine erfolgreiche Konferenz.

Philipp Harpain
GRIPS Theater
0177-2022806

Walid Chahrour
Flüchtlingsrat Berlin
0179-5408804

Bundesweite Jugendkonferenz in Karlsruhe - JOG

Eröffnung

7.12.05, 15.30 Uhr, NCO - Club, Delaware Str. 21, 76149 Karlsruhe

Pressekonferenz

gemeinsam mit Pro Asyl

8.12.05, 11.00 Uhr, Jubez, Am Krohnenplatz 1, 76133 Karlsruhe

Abschlussklärung

9.12.05 5 vor 12 Uhr, Anne Frank-Haus, Moltkestr. 20, 76133 Karlsruhe

Weitere Informationen sowie das Tagungsprogramm unter: www.hier.geblieben.net



EU- Jugendinitiative für Bleiberecht & Kinder- u. Menschenrechte



Kinderrechte kennen keine Grenzen!

Für ein Bleiberecht von Kindern, Jugendlichen und deren Familien.

Am Vorabend der Innenministerkonferenz (IMK), die vom 08. - 09. Dezember in Karlsruhe stattfinden wird, setzt sich die Internationale Liga für Menschenrechte gemeinsam mit dem Flüchtlingsrat Berlin und dem GRIPS Theater erneut für die vorbehaltlose Anerkennung der Rechte von Flüchtlingskindern ein.

Das Aktionsbündnis "Hier Geblieben!" (getragen vom GRIPS Theater, PRO ASYL, Flüchtlingsrat Berlin und GEW Berlin) hatte sich vor der letzten Innenministerkonferenz in Stuttgart im Juni diesen Jahres mit einem Appell der Kinder und Jugendlichen für ein Bleiberecht und die uneingeschränkte Anerkennung der UN-Kinderrechtskonvention an die Öffentlichkeit gewandt. Dieser Appell wird inzwischen von über 400 Kulturschaffenden unterstützt. PolitikerInnen aller Parteien reagierten positiv auf das Anliegen des Aktionsbündnisses. Auf der IMK in Stuttgart hatte sich der damalige Bundesinnenminister Otto Schily überraschend für eine Bleiberechtsregelung für Flüchtlingskinder eingesetzt. Er griff damit eine (weitergehende) Initiative des Berliner Innensenators Dr. Ehrhart Körting auf. Der Vorschlag scheiterte am Widerstand der CDU-Innenminister der Länder.

Auf der Tagesordnung der kommenden Innenministerkonferenz in Karlsruhe steht - neben der erneuten Initiative des Landes Berlin für eine "Altfallregelung" - nunmehr ein Vorschlag des CDU-geführten Landes Nordrhein-Westfalen zu einer Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete und asylsuchende Flüchtlinge.

Die in diesem Papier enthaltenen Bedingungen für die Gewährung eines Bleiberechts dürften in der Praxis aber nur für wenige potentiell Betroffene erfüllbar sein. So kann der Nachweis der Lebensunterhaltssicherung (seit mindestens zwei Jahren) in Berlin und in den neuen Bundesländern kaum erbracht werden. Flüchtlingen war es angesichts der Arbeitsmarktlage und der "Arbeitsmarktprüfung" bisher faktisch unmöglich, eine Arbeitserlaubnis zu erhalten. Völlig an der Realität vorbei geht die Forderung des NRW-Vorschlages nach einem unbefristeten als auch sozialversicherten Arbeitsvertrag. Selbst Innenminister können sich in der Regel zunächst allenfalls an einem vierjährigen Arbeitsverhältnis orientieren.

Zu einer umfassenden und großzügigen Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge mit langjährigem Aufenthalt gibt es keine Alternative. Für eine solche Regelung setzt sich seit mehr als drei Jahren ein breites Bündnis von Vertreter/innen der Kirchen, Menschenrechtsorganisationen, Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften sowie von Migranten- und Flüchtlingsorganisationen ein. Sie müsste unabwiesbar die Erteilung einer Arbeitserlaubnis vorsehen. Um der genannten Forderung Nachdruck zu verleihen werden Jugendliche im Rahmen der Initiative "Jugend ohne Grenzen" parallel zur Innenministerkonferenz ein eigenes Treffen abhalten. Dabei sollen Kinderrechtsverletzungen in der Bundesrepublik benannt und verurteilt sowie demokratische Strategien zur Verbesserung der Lebenswelt von Flüchtlingen entwickelt werden.

Die Internationale Liga für Menschenrechte, der Flüchtlingsrat Berlin und das GRIPS Theater erklären sich solidarisch mit dem Anliegen der Kinder- und Jugendkonferenz in Karlsruhe. Sie fordern die Innenminister auf, eine großzügige Bleiberechtsregelung zu verabschieden, sowie die Rücknahme des Vorbehalts gegenüber den UN-Kinderrechten auf den Weg zu bringen. Hier bleibt die neue Bundesregierung in der Verantwortung. Die in der Koalitionsvereinbarung bezüglich des Zuwanderungsgesetzes enthaltenen Prüfaufträge zu den sogenannten Kettenduldungen und zur Situation der in Deutschland aufgewachsenen Kinder sollten wie beschrieben in praktische Politik münden.

Die soziale Herkunft darf das Bildungsrecht und die Lebensperspektiven von Kindern in keiner Weise beeinträchtigen. Soziale Ausgrenzung und Perspektivlosigkeit sind der Nährboden für die zuletzt in Frankreich bekannt gewordenen Ereignisse, die kurzzeitig im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses standen. Kinderrechte kennen - daran erinnern NGOs und Menschenrechtsorganisationen immer wieder - keine Grenzen. Die Menschenrechte sind universell und unteilbar. Kinder und Jugendliche sollten daher nicht weiter aufgrund ihres aufenthaltsrechtlichen Status ausgegrenzt werden. Die politisch Verantwortlichen in der Bundesregierung und in den Landesregierungen haben einen völkerrechtlich verbindlichen Auftrag und sind unmissverständlich in der Pflicht, die Konvention der Kinderrechte zu verwirklichen und Kinder vor Unbill zu schützen.

Internationale Liga für Menschenrecht
www.ilmr.de
Berlin, 07. Dezember 2005



JUGEND

EU-Jugendinitiative für Bleiberecht & Kinder- u. Menschenrechte



NDR - Politik

Innenminister streiten über Bleiberecht für Flüchtlinge



Im Streit über ein Bleiberecht für Flüchtlinge, die seit Jahren in Deutschland geduldet werden, hat Schleswig-Holsteins Innenminister Ralf Stegner am Donnerstag eine schnelle und pragmatische Lösung gefordert. Am Rande der Innenminister-Konferenz in Karlsruhe appellierte er an die Kollegen aus Niedersachsen und Bayern sich einer Vernunftlösung nicht länger in den Weg zu stellen. Stegners niedersächsischer Amtskollege, Uwe Schünemann, äußerte sich auf NDR Info skeptisch über eine mögliche Lösung. Hintergrund der Diskussion ist ein Kompromissvorschlag aus Hessen, nach dem diejenigen Ausländer zukünftig eine Aufenthaltsgenehmigung erhalten sollen, die die deutsche Sprache beherrschen, einer Arbeit nachgehen und deren Kinder deutsche Schulen besuchen.

Stegner für hessischen Kompromissvorschlag



"Wir wollen eine pragmatische Flüchtlingspolitik, die von zwei Prämissen ausgeht", sagte Stegner. "Zum einen sollten diejenigen, die bleiben können, weil sie schon viele Jahre hier sind, sich integriert haben, sich an die Gesetze halten und auch versuchen, ein eigenes Auskommen zu haben, nicht mit jahrelangen Verfahren und Rechtsunsicherheit behelligt werden, sondern sie brauchen wirklich ein dauerhaftes Bleiberecht." Diejenigen, die nicht bleiben könnten, sollten dagegen möglichst schnell in ihre Heimatländer zurückgeschickt werden, wenn es die dortigen Verhältnisse zuließen, so der SPD-Politiker.

Schünemann skeptisch über mögliche Lösung



Im Moment haben wir ein durchschnittliches Asylverfahren von nur noch 21 Monaten" sagte Schünemann. Wenn es dann jemand schaffe, über andere Winkelzüge bis zu zehn Jahre hier zu bleiben, dann könne man das nicht unterstützen. Wenn dies über eine Bleiberechtsregelung passieren würde, dann würde ein Sog erzeugt, sagte der CDU-Politiker.

Stand: 08.12.2005 17:35



Bleiberecht für Flüchtlinge

Worauf einigen sich die Innenminister?

Klare Forderungen der Demonstranten an die Adresse der Innenminister



Karlsruhe - Die 18-jährige Meryem Kaymaz lebt bereits seit ihrem ersten Lebensjahr in der Bundesrepublik, hat Freunde gefunden und fühlt sich in die Gesellschaft integriert. Dennoch kann sie jederzeit abgeschoben werden.

Ihre Hoffnungen ruhen nun auf der noch bis heute in Karlsruhe stattfindenden Innenministerkonferenz, bei der über die Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge mit langjährigem Aufenthalt in Deutschland entschieden werden könnte. Baden-Württembergs Innenminister Heribert Rech - derzeit Vorsitzender der Innenministerkonferenz - äußerte jedoch bereits Zweifel, ob es zum Ausländerrecht schon einen Beschluss geben werde. Wie Meryem leben derzeit etwa 200.000 Flüchtlinge mit dem unsicheren Status einer Duldung in der Bundesrepublik.

"Von einer Duldung zur nächsten" - ein Leben im Ungewissen

Ungefähr 150.000 von ihnen schon länger als 5 Jahre, viele bereits seit 10 Jahren oder länger, moniert der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg. Trotzdem droht ihnen die Abschiebung in ihre Herkunftsländer, wo Krieg, Diskriminierung und Folter auf sie warten. Um dies zu verhindern fanden am gestrigen Donnerstag in Karlsruhe parallel zur Innenministerkonferenz Veranstaltungen von Kirchen, Verbänden, Jugendorganisationen und Künstlern statt - unter anderem auch eine von zahlreichen Verbänden und Gruppierungen unterstützte Kundgebung mit anschließender Demonstration.

Zirka 150 Demonstranten fanden sich auf dem Platz der Grundrechte ein, um von den Innenministern eine Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge einzufordern (Foto: ka-news)

"Die derzeitige Regelung ist für die betroffenen Menschen untragbar. Sie sind immer im Ungewissen über ihre Zukunft und leben nur von einer Duldung zur nächsten", sagte der Chef des Diakonischen Werks Baden, Johannes Stockmeier, gestern auf einer Pressekonferenz im Jubez, bei der auf die Notwendigkeit einer Bleiberechtsregelung für langjährig geduldete Flüchtlinge hingewiesen wurde.



JUGEND

EU- Jugendinitiative für Bleiberecht & Kinder- u. Menschenrechte



"Wir wollen unsere Zukunft selbst gestalten"

"Wir brauchen eine faire Aufenthaltsregelung, die den Flüchtlingen keine Hürden in den Weg stellt", forderte Stockmeier in Bezug auf die vielen Bedingungen, die für ein dauerhaftes Leben in der Bundesrepublik erfüllt werden müssen. Der Nachweis einer Erwerbstätigkeit, wie zum Beispiel von Nordrhein-Westfalen gefordert, dürfe nicht Voraussetzung für eine Aufenthaltsgenehmigung sein. Vielmehr müsse es die Aufenthaltsgenehmigung ermöglichen, eine Arbeit zu finden. Eine Bleiberechtsregelung solle so gestaltet werden, dass Flüchtlinge bis zu einem bestimmten Stichtag Arbeit gefunden haben und dadurch nachweisen können, dass sie selbst für ihren Lebensunterhalt sorgen können.

Die Mitglieder der Organisation Jugend ohne Grenzen (JOG) veranstalten derzeit parallel zum Meeting der Innenminister eine Gegenkonferenz in Karlsruhe. Aus der ganzen Bundesrepublik sind deshalb betroffene Flüchtlingskinder in die Fächerstadt gekommen, um sich für ihre Rechte einzusetzen. Die ausländischen Jugendlichen mit dem Status einer Duldung haben in Deutschland keine Chance auf einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz und werden auch nicht zum Studium zugelassen. "Wir wollen unsere Zukunft selbst gestalten und brauchen dafür genauso eine Ausbildung wie die einheimischen Jugendlichen", forderte Aysegül Yakut von JOG.

Nomen est omen: Demonstration auf dem Platz der Grundrechte

Auch der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg setzt sich für eine gerechtere Aufenthaltsregelung ein und veranstaltete, um seinen Forderungen Nachdruck zu verleihen, am gestrigen Donnerstag um 16 Uhr eine Kundgebung auf dem Platz der Grundrechte in Karlsruhe. Die zirka 150 Demonstranten forderten einen Stopp der "unmenschlichen Abschiebepolitik", ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge sowie eine bessere Integration der Flüchtlinge in die Gesellschaft. Desweiteren plädierten sie für einen uneingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt und gleiche Chancen für ausländische und deutsche Bewerber. (tft)





Wie in einem Gefängnis ohne Gitter

In Karlsruhe treffen sich junge Flüchtlinge zeitgleich mit den Innenministern der Länder auf einer Gegenkonferenz. Sie wird von Betroffenen aus Berlin organisiert. Von den Politikern fordern sie ein Bleiberecht für alle Flüchtlinge

Erstmals werden jugendliche Flüchtlinge in Deutschland selbst und bundesweit politisch aktiv. Etwa 80 haben sich in der "Initiative Jugend ohne Grenzen" (JOG) zusammengetan, um etwas an der Situation zu verändern, die sie als Diskriminierung erleben. Dreißig von ihnen leben in Berlin, wo die Initiative kürzlich ins Leben gerufen wurde. Noch bis heute findet in Karlsruhe eine Jugendkonferenz statt, organisiert von Betroffenen aus Berlin und Umland, die bereits in der Bleiberecht-Kampagne "Hier geblieben!" mitwirkten.

"Geduldete Jugendliche dürfen nach dem Schulabschluss keine Ausbildung machen oder studieren. Sie fragen sich, warum sie überhaupt zur Schule gegangen sind. Viele fühlen sich wie in einem Gefängnis ohne Gitter", beschreibt Ibrahim Delen (20) vom Berliner Beratungs- und Betreuungszentrum für Flüchtlingsjugendliche (BBZ) den Teufelskreis, in dem sich junge Migranten ohne feste Aufenthaltserlaubnis befinden. Zudem sind sie ständig von Abschiebung bedroht und dürfen wegen der Residenzpflicht ihren Wohnort nicht verlassen.

Die Jugendlichen engagieren sich in der BBZ-Flüchtlingsgruppe, im Jugendclub des Grips-Theaters oder der Flüchtlingsinitiative Brandenburg.

Ihre Tagung läuft zeitgleich zur Konferenz der Innenminister. "Wir wollen auf die Menschenrechtsverletzungen aufmerksam machen, die geduldeten Migranten in Deutschland zugefügt werden", erklärt JOG-Pressesprecherin Aysegül Yakut. Gestern übergaben sie deshalb einem Mitarbeiter im baden-württembergischen Innenministerium Briefe mit ihren Forderungen und Schals mit dem Aufdruck "Hier geblieben!". Beides soll heute an die Innenministern weitergegeben werden.

Ihr wichtigstes Anliegen: Die Politiker sollen einer Bleiberechtsregelung für alle Flüchtlinge zustimmen. "Wirkliche Integration kann nur durch ein Bleiberecht erreicht werden", sagt Ibrahim Delen. Ansonsten könnten die Betroffenen nicht am Berufsleben teilhaben und keine sinnvolle Lebensperspektive entwickeln. Eine zweite Kernforderung ist die vollständige Umsetzung der UN-Kinderrechte, die zu einem Wegfall der Residenzpflicht für Kinder und Jugendliche führen und das Alter für eine mögliche Abschiebung von 16 auf 18 Jahre erhöhen würde.



JUGEND

EU- Jugendinitiative für Bleiberecht & Kinder- u. Menschenrechte



Abschiebehäft für Kinder

In Deutschland werden diese Rechte nur für deutsche Kinder angewendet. Die Praxis der Abschiebehäft, der auch Jugendliche ausgesetzt sind, widerspreche den UN-Kinderrechten:

"Jugendliche, die ohne Eltern nach Deutschland fliehen, werden wie Erwachsene behandelt", erzählt Aysegül Yakut. "14-Jährige kommen in Abschiebehäft. Sie müssen in Auffanglagern auf ihre Ausweisung warten. Außerhalb dieser Lager kommt es durch deren häufige Randalage kaum zu Kontakten mit Einheimischen."

Darüber hinaus fordert die Initiative ein grundsätzliches Umdenken der Politiker. Neben einer rechtlichen Gleichstellung von Flüchtlingen geht es darum, Fluchtursachen zu bekämpfen und die Abschiebepolitik abzuschaffen. Zumindest das Bleiberecht steht in Karlsruhe auf der Agenda der Innenminister, von denen laut JOG vier bis fünf eine Bleiberechtsregelung befürworten. Für politische Änderungen müssten die Politiker allerdings einstimmig votieren.

Trotz aller Hindernisse sind von der Gegenkonferenz zwei positive Ergebnisse zu erwarten: Zum einen trägt die Konferenz zu einer besseren Vernetzung der Akteure bei. Das ist wegen der Residenzpflicht kein leichtes Unterfangen. Zum andern können sich die Jugendlichen mit eigener Stimme öffentlich Gehör verschaffen. Lutz Steinbrück

St. # 9 2 3 0 - Zeit w v g 9. 12. 0 5

Nur geduldet: jugendliche Flüchtlinge in Deutschland

Der Geburtsort schafft Menschen zweiter Klasse

In Deutschland leben 50 000 Kinder und Jugendliche, die weniger Rechte haben als andere. In Karlsruhe haben sich einige von ihnen getroffen - um Druck auf die dort regierenden Innenminister auszuüben.

Von Christofher Zietler, Karlsruhe

Stolz blühten das junge Mädchen die Seite ihres Passes auf, wo die begehrte Aufenthaltserlaubnis steht. Eine solche hat die Familie von Valdetta Sawiku vor einigen Jahren erhalten, als die Mutter an einer speziellen Art des Bluthierheues erkrankte, die in ihrem Heimatland Mazedonien nicht zu behandeln war. Als das dunkelhaarige Mädchen weiterblüht, steht, stach dort allerdings eine Reihe so genannter Duldungen, weil das Recht zu bleiben vom französischen Ausländeramt wieder zurückgenommen wurde; in Skopje, der Hauptstadt Mazedoniens, hätten die Mediziner Fortschritte gemacht. Die 14-Jährige muss nun jederzeit damit rechnen, in ein Land abgeschoben zu werden, das sie im Alter von wenigen Monaten verlassen hat.

Was das bedeutet, wissen alle hier in Saal des Karlsruher Arme-Frank-Hauses. Rund achtzig jugendliche und gerade erwachsene Flüchtlinge aus der ganzen Bundesrepublik haben sich - parallel zu den Innenministern von Bund und Ländern in Karlsruhe - erstmals zusammengefunden, um über gemeinsame Erfahrungen und Ängste zu sprechen. Dem Treffen sind lange bürokratische Kämpfe vorausgegangen, weil Asylbewerber und lediglich geduldete Flüchtlinge ihr jeweiliges Bundesland nicht verlassen dürfen - der so genannten Residenzpflicht wegen. Valdetta

zeigt ihre Ausnahmegenehmigung für die Fahrt nach Karlsruhe. Es ist, wie sie erzählt, erst das zweite Mal in ihrem Leben, dass sie das Land Hessen verlassen hat - vor der Flucht aus Mazedonien und einer arbeitslosen Odyssee durch deutsche Aufnahmehäuser stinmal abgelehnt.

Von Deutschland kommt Besir Olcay auf demselben Grund nur Berlin, wo er seit 1989 im Stadtteil Neukölln lebt. Für die türkische Familie kurdische Abstammung gab es auch einem achtjährigen Verfahren zum Asyl, jetzt drohen die Behörden mit Abschiebung, weil Besir am 1. Januar 18 Jahre alt wird. Dabei würde er gern eine Maßnahme machen, einen Ausbildungsplatz hätte er sogar in Österreich. Aber Besir darf nicht - so steht es in bundesdeutschen Gesetzblättern.

Das Medizinstudium wird auch Parmana Heydar aus Neureppin verweigert - trotz des vollen Abiturdurchschnitts. Traut und Hass kommen da in der 22-jährigen aus Afghanistan auf, die lange gebraucht hat, um den Terror gegen ihre Familie zu verarbeitsen, den sie als Kind miterleben musste: „Man lernt besonders hart, strengt sich ab, schreibt viel, leicht sogar bessere Noten als die deutschen Mitschüler - und trotzdem bleibt man ein Mensch zweiter Klasse.“

Von den Klassenfahrten, die sie der Restgenzpflicht wegen verpasst haben, reden sie alle. Und dass zu Hause keine neuen Möbel angeschafft werden, weil ja nur klar ist, wie lange die Familie noch in Deutschland bleiben darf. Einige von ihnen sind in psychologische Behandlung, weil die Angst sie übermannt, in der Nacht abgeholt zu werden. Manche Jugendliche legen in dieser Runde vom Gleichgültigkeit, erstmals die Scham ab



Während der oft jahrelangen Asylverfahren leidet die Monarchin in Ungewissheit. (Foto: dpa)

und reden über Panikattacken und dem einflusslichen Wunsch, sich jenseits der Ungewissheit in Deutschland eine Zukunft aufbauen zu dürfen, mit Freunden auszugehen, auf ein Wochenende wegzufahren, zu studieren.

All das ist ihnen untersagt. Weil die Bundesrepublik eine Passage der UN-Kinderrechtskonvention - man löse und löse nur mit Vorbehalt anerkennen hat. Sie hängt im Grundsatz, dass alles staatliche Handeln dem Kindeswohl unterzuziehen sei. Deutschland will, dass sein Ausländerrecht in Kraft bleibt - zum Nachteil der Flüchtlingskinder. Einer von ihnen, der 20-jährige Hator aus dem Kosovo, sagt: „Es gibt auch Gefängnisse ohne Gitterstäbe.“

Quer durch alle Parteien gibt es nun Bestrebungen, die Jugendlichen das bleiberecht zu holen. Die Forderung nach einem Bleiberecht für langjährig in Deutschland Geduldete hat nach massiver Lobbyarbeit von Asylvereinen und Kirchen auch die Innenministerkonferenz erreicht, die darüber heute zu befinden hat. Mindestens drei Vorschläge aus Berlin, Hessen und Nordrhein-Westfalen liegen auf dem Tisch. Eine Entscheidung muss einstimmig fallen. Skeptisch ist nicht zuletzt der beiden württembergische Innenminister Heribert Koch (CDU). Der hat leider keine Zeit, als eine Abordnung der Jugendkonferenz, die Innenministerkonferenz am Nachmittag aufsucht. Ein Vertreter nimmt den Appell der Jugendlichen entgegen.

Auch Valdetta Sawiku ist nicht dabei, weil nur sechs Jugendliche vorgelassen werden. Sie bekommt aber erzählt, dass Kochs Vertreter bei der Verabschiedung noch gesagt habe, dass es aus menschlicher Sicht auf jeden Fall eine Regelung geben müsse.



JUGEND

EU- Jugendinitiative für Bleiberecht & Kinder- u. Menschenrechte



Dank an Pro Asyl, Evangelische Kirche Berlin, GEW Berlin, Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, für Unterstützung bei der Vorbereitung der Konferenz.

Besonders sei gedankt Meike Herminghausen, Petra Donner, Melanie Kammerer, Doro Bruch, Jens Uwe Thomas, Walid Chahrour, Philipp Harpain, Jürgen Scheer und Siegfried Pöppel (Jumbo), Ilka Sirtes, David Fuhr, Markus Pötter, Steffi Hanna, dem Flüchtlingsrat Berlin, BBZ Berlin und GRIPS Theater Berlin bei der großen Hilfe zur Vorbereitung und Durchführung der Konferenz.

Der aller größte Dank geht an die Organisationsgruppe: Andrea Vorrink (ohne dich hätte es nicht geklappt!), Magz Barrawasser, Ellen Hüther, Avni Troni und Ibrahim Delen.

Impressum

Redaktion und alle Texte wenn nicht anders gekennzeichnet: ***Danae Reuben-Shemia***

Fotos: *Jürgen Scheer*

Weitere Informationen über Bleiberecht unter:

www.hier.geblieben.net